

Folgen der Staatsverschuldung: Zinslasten gehen durch die Decke

Vor Kurzem hatte das Statistische Bundesamt neue Daten zur Staatsverschuldung zum Stand Ende März dieses Jahres veröffentlicht. Demnach standen Bund, Länder und Kommunen mit dem Rekordwert von knapp 2.407 Mrd. Euro in der Kreide. Seitdem tickt unsere BdSt-Schuldenuhr unerbittlich weiter – der Staatsschuldenberg wird höher und höher.

Schuldentreiber Nr. 1 bleibt mit Abstand der Bund. Im Frühjahr war er mit rund 1.660 Mrd. Euro verschuldet. Über die vergangenen Krisenjahre hinweg hat er inzwischen mehr als doppelt so hohe Schulden angehäuft wie Länder und Kommunen mit 747 Mrd. Euro zusammen.

Zinsausgaben explodieren

Die enorme Verschuldung des Bundes hat inzwischen gravierende Auswirkungen auf die Bundesfinanzen. Stand Ende Mai



musste er knapp 21 Mrd. Euro für Zinsverpflichtungen verbuchen – fast eine Vervielfachung gegenüber den ersten fünf Monaten 2022. Schlimmer noch: Die Zinsausgaben des Bundes bis zum Zeitpunkt Ende Mai übertrafen bereits die Zinszahlungen des gesamten Jahres 2022 um mehr als fünf Milliarden Euro! Die Rekord-Staatsverschuldung in Verbindung mit der Wucht der Zinswende geht zulasten wichtiger Politikbereiche: Der Gesamtjahresetat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beträgt 2023 rund 21 Mrd. Euro. Dieses Volumen ist innerhalb weniger Monate allein für Zinsverpflichtungen aufgebraucht worden – ohne von diesem Geld

auch nur einen Euro zusätzlich in Bildung und Grundlagenforschung investieren zu können.

Klare Botschaft

Hinter diesen Zahlen steht eine klare Botschaft: Die Schuldenspirale muss beendet werden! Mit Blick auf die weiteren Etatverhandlungen für 2024 im Bundestag muss die Maxime lauten: Sparen, sparen, sparen. Das Einhalten der grundgesetzlichen Schuldenbremse ist das eine, mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung wäre aber ein Neuverschuldungsstopp wichtig – sonst ist der Bundeshaushalt mit seiner Schuldenlast bald überfordert. Sebastian Panknin